AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 20.10.2022 | Lars Klingbeil

„Die Welt vor dem 24. Februar gibt es nicht mehr“

Die Fehler im Umgang mit Moskau haben uns verletzlich gemacht, meint der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil. Es ist Zeit für eine neue Russlandpolitik.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist nicht nur eine Zäsur für die Friedensordnung in Europa, sondern auch für die internationale Ordnung, und insbesondere für die deutsche Russlandpolitik. Die Realität der Zeitenwende anzuerkennen, heißt nicht, dass wir unsere Werte über Bord werfen. Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, das Streben nach Frieden – das sind und das bleiben die Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik. Diese Werte haben auch die Ostpolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt geprägt. Egon Bahr stellte an den Anfang des Handelns immer das Anerkennen der Realität. Die Realität heute ist die Zeitenwende – definiert durch den 24. Februar und den brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine.

Wladimir Putin will, dass die Ukraine von der Landkarte verschwindet. Damit bricht er nicht nur das Völkerrecht, sondern auch sämtliche Verträge und Grundsätze, die im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mühsam verhandelt und die nach dem Ende des Kalten Krieges in der Charta von Paris festgehalten wurden. Die territoriale Integrität, die Unverrückbarkeit von Grenzen und das Gewaltverbot haben für Putin keinen Wert.

Für die Sozialdemokratie ist klar: Internationales Recht gilt. Die Charta der Vereinten Nationen gilt. Die territoriale Integrität, die politische Souveränität, die Unverrückbarkeit von Grenzen, das Gewaltverbot – all das gilt. Es gilt die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Und doch wird deutlich: Unsere Mittel und Wege, für diese Überzeugungen einzutreten, waren nicht ausreichend. Es kann und wird mit Russland keine Rückkehr zum Status quo vor dem Krieg gegen die Ukraine geben. Die Welt vor dem 24. Februar gibt es nicht mehr. Wir tragen jetzt die Verantwortung, das Neue zu gestalten, und diese geht weit über die militärische Auseinandersetzung hinaus.

In Deutschland gab es in den vergangenen Jahren einen von weiten Teilen der Gesellschaft getragenen Konsens, dass enge Beziehungen zu Russland gut für uns sind. Gut für Russland sind. Gut für ein friedliches Europa sind. Dabei haben wir allerdings verkannt, dass die Rahmenbedingungen dieser Beziehung längst verändert wurden. Das russische Regime um Putin war immer repressiver und aggressiver, ja revisionistisch geworden. Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten haben wir das Trennende übersehen. Das war ein Fehler.

Aus diesen Fehlern müssen wir lernen und die richtigen Konsequenzen ziehen.

Aus diesen Fehlern müssen wir lernen und die richtigen Konsequenzen ziehen. Wir können in diesen Tagen insbesondere von Willy Brandt lernen. Seine Außenpolitik war ein erfolgreicher Dreiklang aus erstens Diplomatie, zweitens klarer Haltung mit Blick auf Menschenrechte und internationales Recht – darunter das klare Bekenntnis zur Unverrückbarkeit von Grenzen – und drittens der eigenen militärischen Stärke. Letzteres vergessen wir häufig. Aber es war Willy Brandt, der 1967 als Außenminister die NATO-Doktrin der Kombination von Annäherung und Abschreckung durch militärische Stärke verhandelte.

Helmut Schmidt hat diese Politik fortgeführt. Sowohl bei Brandt, als auch bei Schmidt lag der Verteidigungshaushalt bei über drei Prozent unserer Wirtschaftskraft. Ihre Politik war nie unumstritten. Wir erinnern uns an die hitzigen Debatten rund um den NATO-Doppelbeschluss. Am Ende öffnete sich durch diese Stärke aber ein Fenster für erfolgreiche Abrüstungsgespräche und die Unterzeichnung des INF-Vertrags 1987. Die sozialdemokratische Ostpolitik war wegweisend für Frieden und Sicherheit in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges, für die Wiedervereinigung und schließlich für die Osterweiterung der EU.

Aber – und auch das gehört zu einer kritischen Reflektion dazu – sie war keinesfalls fehlerfrei. So war es eine Fehleinschätzung, zivilgesellschaftliche Gruppen wie etwa die Solidarność in Polen, nicht in ihrem Kampf gegen die repressiven Regime zu unterstützen. Auch das sollte uns eine Lehre sein. So verstehe ich übrigens auch die Verleihung des Friedensnobelpreises an belarussische, russische und ukrainische Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer in diesem Jahr: Das ist eine Erinnerung an die Kraft der Zivilgesellschaft für Veränderung. Und es ist eine Erinnerung an unsere Verantwortung, Zivilgesellschaft in diesem Kampf zu unterstützen. Das gelingt aber nur, wenn wir politische

Realität anerkennen. Das ist uns im Umgang mit Russland nicht gelungen. Wir haben geglaubt, eine gute Beziehung mit Russland folge nach dem Ende des Kalten Krieges einer politischen Kontinuität: Auch wenn es hier und da mal ruckelte, würde es immer besser werden. Dadurch sind blinde Flecken in unserem Umgang mit Russland entstanden. Und das hat zu folgenden Fehlern im Umgang mit Russland geführt.

Erstens: Deutschland und Russland verbindet eine besondere Geschichte. Wir haben daran geglaubt, dass diese Geschichte uns gegenseitig verpflichtet. Dabei haben wir verkannt, dass Putin das nicht so sieht. Dass Putin anfing, die Geschichtsschreibung zu manipulieren und zu instrumentalisieren – für die autokratische Konsolidierung nach innen und interessengeleitete Großmachtpolitik nach außen. Wir haben dabei an einem Bild von Russland festgehalten, das von der Vergangenheit geprägt war, aber schon längst nicht mehr die Gegenwart zeigte.

Wandel durch Annäherung war das bestimmende Paradigma

Zweitens: Wandel durch Annäherung war das bestimmende Paradigma. Bestimmte Grundannahmen unserer Russlandpolitik haben wir nicht auf ihren Realitätsgehalt geprüft und kritisch reflektiert. Obwohl Russland innenpolitisch repressiver und außenpolitisch aggressiver wurde und sich aus gemeinsamen Institutionen wie dem Europarat und der OSZE immer mehr zurückgezogen hat. Auch immer engere wirtschaftliche Verflechtungen haben nicht zu einer stabileren europäischen Ordnung beigetragen. Im Fall des Angriffs auf die Ukraine hatten und haben die Interessen der russischen Wirtschaft kein Gewicht auf die brutalen Entscheidungen von Wladimir Putin. Wandel-durch-Handel ohne politische Agenda funktioniert nicht.

Drittens: Deutschland hat sich mit seiner Energiepolitik abhängig von Russland gemacht. Davon haben wir wirtschaftlich über viele Jahre profitiert, aber diesen Erfolg haben wir uns teuer erkauft. Wir haben uns verletzlich gemacht. Der einseitige Aufbau der Importinfrastruktur mit Russland, der Mangel an Diversifizierung, die politische Blockade von LNG-Terminals und der schleppende Ausbau Erneuerbarer Energien: Diese Politik war einseitig und nicht nachhaltig. Wir haben die sicherheitspolitische Dimension unserer Energieversorgung verkannt. Eine solch einseitige Abhängigkeit darf nie wieder passieren.

Viertens: Wir haben die Interessen und Perspektiven unserer ost- und mitteleuropäischen Partner nicht ausreichend berücksichtigt. Das hat zu einem massiven Vertrauensverlust geführt. Gerade in den letzten Jahren, als die russische Politik aggressiver wurde, hätten wir mehr auf unsere Partner hören müssen. Es gibt sicher weitere blinde Flecken und Fehler die gemacht wurden. Es ist wichtig, dass wir diese benennen und daraus die richtigen Lehren für die Zukunft ziehen.

Natürlich ist es gerade zu früh, eine grundsätzliche Politik gegenüber Russland auszubuchstabieren. Gerade geht es darum, die Ukraine im täglichen Kampf gegen den brutalen Krieg Russlands zu unterstützen und die Position der Ukraine für Verhandlungen zu stärken. Die Staats- und Regierungschefs der G7 haben Präsident Selenskyj gerade in der vergangenen Woche den Rücken für mögliche Friedensverhandlungen gestärkt.

Die Aussage, dass es Sicherheit und Stabilität in Europa nicht gegen, sondern nur mit Russland geben kann, hat keinen Bestand mehr. Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren. Die Russische Föderation hat sich aus dem System der gemeinsamen Sicherheit und der gemeinsamen Werteorientierung verabschiedet. Wir müssen nun massiv in die eigene Sicherheit investieren, denn die eigene Stärke ist die Grundvoraussetzung für Annäherung. Unabhängig vom Verlauf des Krieges muss Europa in Zukunft zu jeder Zeit in der Lage sein, sich zu verteidigen. Auch wenn wir langfristig am Ziel einer gemeinsamen Sicherheitsordnung festhalten sollten: Solange sich in Russland nichts fundamental ändert, kann Russland kein seriöser Partner sein. Erst dann kann es auch ein gemeinsames Vorgehen bei Klimafragen oder bei Abrüstung geben. Die Sanktionen gegenüber Russland werden so lange Bestand haben, bis der letzte russische Soldat die Ukraine verlässt.

Wir beobachten genau, wie sich die russische Zivilgesellschaft entwickelt. Noch ist die Unterstützung für den Krieg groß, aber mit der Mobilmachung hat Putin den Deal mit der Gesellschaft aufgekündigt, den Krieg aus dem Alltagsleben der Menschen rauszuhalten. Die russische Gesellschaft wird allmählich aus dem Tiefschlaf gerissen. Dort, wo sich kritische Stimmen auftun, müssen sie von uns unterstützt werden.

Die russische Gesellschaft wird allmählich aus dem Tiefschlaf gerissen.

Die vielleicht wichtigste Antwort, die wir auf Putins brutalen Angriffskrieg geben müssen, ist ein starkes und souveränes Europa. Die Europäische Integration hat für die Staaten des ehemaligen Ostblocks das Versprechen nach Sicherheit, Wohlstand und Freiheit im Großen

und Ganzen eingelöst, aber wir müssen weitergehen. Ich habe mich sehr früh für eine Beitrittsperspektive für die Ukraine ausgesprochen. Die EU muss geopolitisch denken und handeln. Die einstimmige Entscheidung, der Ukraine und Moldau den Kandidatenstatus auszusprechen und Georgien die Perspektive zu eröffnen, ist ein starkes Zeichen. Ebenso der baldige Start von Beitrittsverhandlungen mit Nord-Mazedonien und Albanien. Deutschland muss als starkes Land in Europa diese vorantreiben.

Das ist nicht mit allen Partnern immer ganz einfach, insbesondere, wenn nebenbei Konflikte um Rechtsstaatlichkeit die Zusammenarbeit herausfordern. Daher ist es wichtig, dass wir diese Konflikte nicht miteinander vermengen. Wenn es um die Sicherheit in Europa geht, müssen wir klar an der Seite unserer Partner stehen. Wenn es um die Frage von Rechtsstaatlichkeit oder Pressefreiheit geht, ist unsere Haltung ebenso klar. Wir müssen den nächsten Schritt gehen und die Demokratisierung und Resilienz Europas vorantreiben. Um dies zu schaffen, müssen wir die EU aufnahmefähig machen. Eine EU mit über 30 Mitgliedsstaaten muss handlungs- und entscheidungsfähig bleiben, etwa mit einer Reform hin zu Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheits- oder der Fiskalpolitik. Des Weiteren muss die EU in der Lage sein, die eigenen Grundsätze zu verteidigen, etwa mit einem stärkeren Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

Zur Resilienz gehört auch die Unabhängigkeit in der Energiepolitik und der Kampf gegen die Klimakrise. Wie wichtig das auch für unsere eigene Sicherheit ist, zeigt nicht zuletzt der Krieg in der Ukraine. Die Einbindung in den *European Green Deal* wäre auch für die weiteren Beitrittskandidaten ein attraktives Angebot, ihre Resilienz zu stärken. Generell hat das Thema Energieunabhängigkeit eine enorme Bedeutung. Nachhaltige Energieversorgung ist für viele Staaten ein zentrales Thema geworden: mit Blick auf energiepolitische Souveränität, Innovationen, neue Industrien und gute Jobs. Es besteht ein großes Potential, dass wir auf dieser Grundlage neue strategische Partnerschaften aufbauen und damit auch eine Führungsrolle im Kampf gegen die Klimakrise einnehmen können. Wir haben zu lange vernachlässigt, solche Partnerschaften, basierend auf gemeinsamen Interessen mit Ländern außerhalb des klassischen westlichen Bündnisses, aufzubauen.

Putin will eine neue Blockbildung, das dürfen

Im Gegensatz zu Putin, der etwa über die BRICS-Initiative wichtigen Schwellenländern

wir nicht zulassen.

eine Stimme gegeben hat. Das trägt Früchte. Wir erleben, dass viele Staaten der Welt unsere Sanktionen gegenüber Russland nicht unterstützen, weil Russland für sie ein verlässlicher Partner war und sie sich vom „Westen“ nicht ernst genommen fühlten. Putin will eine neue Blockbildung, das dürfen wir nicht zulassen. Es führt zu nichts, wenn wir uns moralisch über andere Länder erheben und ihnen sagen, auf welcher Seite sie zu stehen haben. Es ist unsere Aufgabe als Führungsmacht, gemeinsame Interessen auf internationaler Ebene immer wieder herauszuarbeiten. Auch das kann einen Einfluss auf den Verlauf des Krieges in der Ukraine haben. Dieser Krieg mag ein europäischer sein, wie viele Länder im Globalen Süden immer wieder betonen. Aber die Frage, ob man mit militärischer Gewalt im 21. Jahrhundert Grenzen verschieben kann, geht uns alle an. Das ist eine globale Frage.

Dass der russische Völkerrechtsbruch auch international geächtet wird, hat die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in der Generalversammlung vergangene Woche gezeigt. Ein System der regelbasierten Ordnung findet nach wie vor hohe Zustimmung. Daran sollten wir anknüpfen. Es ist auch ein globales Interesse, Putins Versuch, politische Ziele durchzusetzen, indem er mit Atomwaffen droht, auf das Schärfste zu verurteilen. Wenn das Drohen mit Atomwaffen einmal gelingt, werden es andere nachmachen. Dann sind jegliche Bemühungen, die Verbreitung nuklearer Waffen zu verhindern, auf Jahre erschwert. Gerade bei diesem Thema wünsche ich mir noch eine viel stärkere Rolle der Vereinten Nationen.

Deutschland sollte eine tragende Rolle spielen, wenn es darum geht, eine neue Friedensordnung in Europa zu schaffen und eine regelbasierte Ordnung in einer Welt im Umbruch aufrechtzuerhalten. Das ist das, was andere von uns erwarten – und das ist unser Beitrag für ein starkes Europa und eine stabile internationale Ordnung.

Auszüge der Rede Lars Klingbeils zur Zeitenwende im Willy-Brandt-Haus, gehalten am 18. Oktober 2022 in Berlin.



Lars Klingbeil
Berlin

Lars Klingbeil ist neben Saskia Esken einer der beiden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 2017 bis 2021 war er Generalsekretär der SPD.